

gen scheint die Opposition aber keinen derartigen Einfluss zu besitzen. Insgesamt haben *Martin* und *Vanberg* eine in vielerlei Hinsicht beeindruckende Studie vorgelegt. Hervorzuheben ist insbesondere die Klarheit der Argumentation, ihre Verankerung in der bestehenden Literatur, die umfassende Datenbasis und die ausgeprägte Sorgfalt und Transparenz der statistischen Analyse. *Martin* und *Vanberg* versuchen möglichst viele Implikationen ihrer Theorie zu testen, veranschaulichen nachvollziehbar die substantiellen Effekte der interessierenden Variablen und belegen im Anhang durch alternative Spezifikationen die Robustheit der statistischen Zusammenhänge. Wer sich für die Gesetzgebung und Ausschussstärke in den untersuchten Ländern interessiert, findet zudem in den Kapiteln 3 und 4 einen reichhaltigen Fundus. Während der quantitative Test keine Wünsche offen lässt, hätte eine qualitative Fundierung das kausale Argument noch glaubwürdiger machen können. Dass der Ausschuss wirklich der Ort ist, an dem sich die Koalitionspartner – vor den Augen der Opposition – auf die Finger schauen und gegenseitig korrigieren, muss auf Grundlage teilnehmender Beobachtungen, zum Beispiel von Oertzen, zumindest für Deutschland bezweifelt werden. Zudem sieht sich eine potentielle intra-koalitionäre Kontrolle in Ausschüssen einer entscheidungstheoretischen Komplikation gegenüber, die eine Diskussion verdient hätte: Für jede Änderung eines Gesetzentwurfes bedarf es einer Ausschussmehrheit, was in der Logik des Arguments von *Martin* und *Vanberg* erfordert, dass der „betrügende“ Partner immer zustimmen muss, wenn der „betrogene“ Partner ihn überführen will. Aus der deutschen Brille

schaut man auch stutzig auf den Befund der absoluten Einflusslosigkeit der Opposition. Die Auswirkungen eines oppositionskontrollierten Bundesrates sowohl auf Dauer als auch Inhalt der Gesetzgebung, die Burkhart/Manow sowie König/Bräuninger in diversen Studien nachgewiesen haben, werden hier ausgeblendet. *Martin* und *Vanbergs* innovative Perspektive auf das Delegationsproblem von Koalitionsregierungen bietet somit einen fruchtbaren Ausgangspunkt für weitere Forschung.

Christian Stecker

Internationale Beziehungen

Sapper, Manfred und Volker Weichsel (Hrsg.). *Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland*, Heft 6-8/2012 Osteuropa. Berlin. Berliner Wissenschaftsverlag. 560 Seiten. 32,00 €.

Die politikwissenschaftliche, aber auch soziologische Russlandexpertise ist universitär und außeruniversitär im Niedergang, dies gilt für Deutschland und - summa summarum - auch für den angelsächsischen Raum. Erst hatte die Russlandkunde mit dem Systemwechsel ihre angestammten Paradigmen preisgeben müssen, und dann kam die nächste Enttäuschung: Russland folgte nicht dem Leitbild der Demokratisierung, und es fiel auch nicht auseinander. Die Malaise der Russlandexpertise mag auch einer generellen Abkehr von Regionalforschung zuzuschreiben sein. Politikwissenschaftlich wäre interessant, warum die Paradigmen versagten, vor allem aber sollte man aus der Enttäuschung keine Tugend machen: Russland ist mitnichten eine konsolidierte Autokratie. Einige

zucken mit den Achseln: Russland sei für die internationalen Beziehungen ohnehin bedeutungslos geworden. *Manfred Sapper*, Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, lässt dies nicht gleichgültig. Angesichts der Bedeutung Deutschlands für die Russlandpolitik der EU und des russischen Einflusses im Nahen Osten, in Osteuropa, dem Kaukasus oder in Zentralasien könne ein Verzicht auf Russlandexpertise nicht nur die Akademia, sondern auch die politischen Entscheidungsträger teuer zu stehen kommen. Das umfangreiche Sonderheft von „Osteuropa“ unternimmt eine Bestandsaufnahme zum politischen System, dem gesellschaftlichen Wertewandel, zu den Machtressourcen, den Zentrum-Regionen-Beziehungen und zur Außen- und Energiepolitik Russlands, vor allem aber legt es eindrucklich die Sollbruchstellen des putinschen Systems bloß. Russlands politisches System, insbesondere seine Elite, sei heute weniger institutionalisiert und durchschaubar als zur Sowjetzeit, so *Nikolai Petrov* und *Marija Lipman* von der Moskauer Vertretung der Carnegie-Stiftung, und so sind es gerade die soziologischen Beiträge, die die Ursachen der Unzufriedenheit und des gesellschaftlichen Wandels ins Licht rücken. Der Soziologe *Lev Gudkov* verweist, in Anlehnung an Richard Rose, auf die Fragmentierung Russlands in ein modernes Milieu (großstädtisch, circa 20% der Bevölkerung), ein prämodernes, kleinstädtisches beziehungsweise ländliches Milieu (35-40%) und ein anti-modernes Milieu (20-25%). „Die institutionellen Grundpfeiler der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung gründen auf einem antimodernen Paternalismus“ (66). Die Ablehnung Putins ist vergleichsweise am größten un-

ter Unternehmern, leitenden Angestellten und Schülern, am geringsten unter Armeeangehörigen. Die weitaus größte Gruppe – 40-50% der Respondenten – orientieren sich freilich ideologisch weder an Putin, noch der Opposition. Die zunehmende Einkommensspreizung ist eine Kernursache für den Legitimationsverlust Putins. Russland lebe in drei Parallelwelten, so die Geographin *Natal'ja Zubarevič* – in den Großstädten mit gebildeten, aufgeklärten und unzufriedenen Mittelschichten, im paternalistischen Russland der Dörfer und Kleinstädte, sowie im Russland der mittleren Industriestädte, die von Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialen Einschnitten geprägt sind, aber noch mit dem Geld aus Gas- und Ölgeschäften ruhig gestellt werden können.

Vladimir Gel'man sucht nach Ursachen für den Niedergang des elektoralen Autoritarismus. Er erkennt sie in der Heterogenität der Regimeträger, der Orientierungslosigkeit des Verwaltungsapparates angesichts des Duumvirates von Putin und Medvedev, im Ersatz politischer Schwergewichte in den Regionen durch Putin-loyale, aber politisch unerfahrene Manager, in der Legitimationskrise des Regimes infolge nicht eingelöster Liberalisierungsversprechen und im Generationenwechsel unter den risikofreudigen und kreativen Oppositionellen. Schließlich würden selbst unter den Regimetreuen die Erwartungen sinken, durch Unterstützung der hegemonialen Partei „Einiges Russland“ klientelistische Gewinne einstreichen zu können. Es sei zu früh, so *Benno Ennker*, vom Ende des „Systems Putin“ zu sprechen, aber die Erosion seiner Popularität bedrohe den Korpsgeist seiner Elite, deren Orientierungslosigkeit offen zutage träte. Insbesondere die Gouverneure fordern ei-

ne Umverteilung zugunsten der Regionen – und damit implizit eine Schwächung des Zentrums.

Richard Sakwa (University of Kent) ist der einzige Autor des Bandes, der die Topoi der Demokratisierungs- und Transformationsforschung weiterhin für fruchtbringend hält. Russland verkörpere, so *Sakwa*, einen „Doppelstaat“, für dessen Charakterisierung er eine Fülle sich widersprechender Konzepte nutzt. Es handele sich um ein bonapartistisches, byzantinisches beziehungsweise höfisches Regime in permanentem Ausnahmezustand. Ein legal-rationaler Verfassungsstaat und ein neopatrimonialer Verwaltungsstaat ko-existierten. Dann wiederum bezieht *Sakwa* den „Doppelstaat“ auf die Gleichzeitigkeit von formellen und informellen Regeln. Informelle Regeln dominierten, allerdings seien sie durchaus durch formelle Regeln begrenzt, freilich sei die formale Seite der Politik nur noch Show – der häufige Wechsel der Argumentationsebene verwirrt. *Sakwa* plädiert für ein dynamisches Verständnis, was nachvollziehbar ist, vor allem aber will er seinen langjährigen Putin-Optimismus retten. *Sakwas* Interpretation ist symptomatisch für den Grenznutzen von Dichotomien wie „Autokratie versus Demokratie“ oder „formell versus informell“.

Den gängigen westlichen Stereotypen, aber auch den russischen „Identitätsdebatten“ stellt *Hans-Henning Schröder* die Russlanddaten des World Value Survey gegenüber. Demnach lehnen Russen Korruption noch stärker ab als die Deutschen; das Vertrauen ins Parlament ist in Deutschland geringer als in Russland, das Vertrauen in die Regierung indes in Russland weit höher. Circa 50% der Russen präferieren einen starken Führer (in Deutschland nur

16%). Verantwortungsgefühl, Toleranz und Respekt werden vergleichbar hoch in Russland wie in Deutschland geschätzt, in Bezug auf die Geschlechterrollen besteht allerdings ein tiefer Graben. Die Indizien für einen postmaterialistischen Einstellungswandel bedürfen längerer Beobachtung; freilich wird eins deutlich: Die pauschale These von der Massenunterstützung der putinschen Autokratie ist ein Mythos. Ob und wie weit generelle Einstellungen konkretes Verhalten bestimmen, kann vom World Value Survey nicht beantwortet werden – es wäre ein eigenes Forschungsprogramm wert.

Der Band ist eine Fundgrube für jene, die der transformationstheoretischen Pauschalurteile müde sind; er belegt, wie sehr die Generierung sinnvoller, relevanter und innovativer Fragestellungen der vergleichenden Politikwissenschaft von kenntnisreichen Fallstudien abhängt, und er ist ein implizites Plädoyer für die Wiederbelebung der Russlandexpertise. Jede Rede von Konsolidierung – ob demokratisch oder autoritär – hält den Status quo für stabil. Der Arabische Frühling, aber auch das gegenwärtige Russland demonstrieren die Grenzen formaler Institutionenmodelle – systemverändernde Vetospieler beschränken sich nicht auf Institutionen, sie operieren in distinkten Netzwerken und repräsentieren ungesteuerten sozialen Wandel. Wer die Heterogenität der Akteure – unter den Eliten, in Städten und auf dem Land, im virtuellen Raum, im Zentrum und den disparaten Regionen – sowie die Akteurskonstellationen begreifen möchte, kommt an diesem Band nicht vorbei. Der Sammelband präsentiert kontraintuitive, den konventionellen Weisheiten widersprechende Befunde. Er bietet keine neue Theorie, aber er breitet die relevanten Puzzel

aus, auf Grundlage derer neue Forschungsagenden formuliert werden könnten. Insbesondere die Analysen aus Russland selbst verdeutlichen, in welche Parallelwelt aus Unwissenheit wir hierzulande mittlerweile geraten sind.

Andreas Heinemann-Grüder

Santiso, Javier und Jeff Dayton-Johnson (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Latin American Political Economy*. Oxford und New York. Oxford University Press 2012. 620 Seiten. 145,31 \$.

Im einfachsten Sinne handelt es sich bei der politischen Ökonomie um das komplexe Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft. Der vorliegende, in der renommierten Oxford Handbook-Reihe erschienene Sammelband hat sich auf die Fahnen geschrieben, einen verlässlichen Überblick über den zeitgenössischen Stand der akademischen Forschung und Literatur bezüglich dieses Zusammenspiels im lateinamerikanischen Kontext zu vermitteln. Die Herausgeber haben bei der Auswahl der Beiträge sowohl auf die praktischen Erfahrungen der Autoren auf diesem Gebiet, als auch auf einschlägige akademische Expertise abgestellt. Herausgekommen ist dabei eine Mischung aus persönlichen Eindrücken als Gestalter, zum Teil von oberster Stelle aus, von nationaler Wirtschaftspolitik und Aufarbeitung der neueren Literatur zu spezifischen Aspekten der politischen Ökonomie Lateinamerikas. So kommen im ersten Abschnitt neben Ex-Präsidenten (*Fernando Henrique Cardoso* aus Brasilien) auch ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister (*Luis Carranza* aus Peru und *Andrés Velasco* aus Chile) und Zentralbankpräsidenten

(*Martín Redrado* aus Argentinien) zu allgemeinen und konkreten Wirtschaftspolitiken im jeweiligen Länderkontext zu Wort. Im zweiten Teil des Bandes wird dann etwas konkreter und ausführlicher auf spezielle Erkenntnisse der neueren akademischen Forschung zu den politischen Konsequenzen ökonomischer Prozesse sowie den ökonomischen und finanziellen Resultaten politischer Phänomene und Institutionen eingegangen. Dabei geht es um Themen wie die historischen Ursachen von Ungleichheit, die globale und regionale Integration Lateinamerikas, die innenpolitischen Auswirkungen von Kapitalmobilität, den Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und Demokratie, die Diskussion über die in Lateinamerika vorherrschende Kapitalismusvariante und im Allgemeinen die politische Ökonomie von Fiskal- und Sozialpolitik.

Der Band besticht zum einen durch die Fülle der bearbeiteten Themen in Bezug auf die politische Ökonomie Lateinamerikas. Hier werden neben traditionellen Aspekten wie Handels- und Finanzpolitik oder regionaler Integration auch eher unkonventionelle beziehungsweise aufstrebende Themen wie die Rolle von think-tanks im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess sowie das Verhältnis zwischen Lateinamerika und China behandelt. Dazu kommt, dass die große Mehrzahl der AutorInnen aus Lateinamerika selbst stammt, wenngleich viele von ihnen an US-amerikanischen Universitäten oder bei internationalen Organisationen angestellt sind. Und nicht zuletzt die Einbeziehung der sogenannten Fachleute beziehungsweise Praktiker der politischen Ökonomie verleiht dem Band einen spezifischen Mehrwert.